



Neue Helvetische Gesellschaft
Nouvelle Société Helvétique
Nuova Società Elvetica
Nova Societat Helvetica

Jahresbericht 2018

NEUE HELVETISCHE GESELLSCHAFT –NOUVELLE SOCIETE HELVETIQUE
Netzwerk Müllerhaus, Bleicherain 7, 5600 Lenzburg
Tel 062 888 01 15, Fax 062 888 01 01, info@nhg.ch, www.nhg.ch

ZENTRALVORSTAND

Der Zentralvorstand besteht aus den folgenden Mitgliedern:

Membres du comité central / Mitglieder Zentralvorstand:

Anne-Catherine Lyon, Avocate, Présidente à partir de Septembre 2018

Hans Stöckli, Ständerat, Zentralpräsident bis September 2018

Régis Ducrey, Vice-président, président Groupe Vaud

Franz Nyffeler, Alt-Bundesrichter, Vizepräsident

Autres membres du comité central /

Weitere Mitglieder des Zentralvorstandes:

Bernhard Altermatt, Chargé de cours, Uni FR

Dr. Gerold Brändli

Margrit Hanselmann, ab September 2018

Dr. Christoph Koellreuter

Prof. em. Wolf Linder

Niklaus Lundsgaard-Hansen

Prof. Dr. Kurt Nuspliger

Dori Schaer-Born, Alt-Regierungsrätin, bis September 2018

Dr. phil. Matthias Wipf

Présidentes et présidents des groupes /

Präsidentinnen und Präsidenten der Gruppen:

Norbert Stichert, a.Grossrat, Gruppe Aargau

Tabea R. Weber, Gruppe Region Basel

Alec von Graffenried, Gruppe Bern (oftmals vertreten durch
Bettina Steinlin/Vincenzo Ribi)

Florence Kraft-Babel/Vincent Schaller, Groupe Genève

Daniel Landolt, Gruppe Schaffhausen

Katharina Teuscher, Gruppe Winterthur

Fredy Müller, Gruppe Zürich

Der Zentralvorstand traf sich im Jahr 2018 am 29. Januar, 19. April, 29. Mai und am 3. September zu vier Vorstandssitzungen. Dank dem Ständerratsmandat des Zentralpräsidenten konnten die meisten Sitzungen ohne Kostenfolge im Bundeshaus stattfinden.

Mit dem Entscheid, für die „No Billag-Initiative“ eine öffentliche kontradiktorische Veranstaltung an der Universität Bern zu organisieren, startete der Zentralvorstand mit viel Dynamik in das Jahr 2018. Das Referat von Philipp Metzger, dem Direktor des BAKOM, war Ausgangslage für die wirklich kontradiktorische Diskussion mit Matthias Aebischer, SP, Nationalrat Bern, Ladina Heimgartner, Direktorin RTR, Samuel Hofmann, Jungfreisinnige, Initiativkomitee und Christian Riesen, SVP, Initiativkomitee. Unter der Gesprächsleitung von Karin Landolt wurden die dezidierten Standpunkte aufgezeigt und die Argumentationen aufgebaut. Rund 60 Teilnehmende erlebten einen hitzigen Meinungs austausch. Unser Effort wurde von den beteiligten Parteien sehr geschätzt. Der Zentralvorstand hat ein Positionspapier erarbeitet und zuhanden der Delegiertenversammlung einen Antrag für eine Stellungnahme zur Ablehnung der Initiative überwiesen.

Im „NHG-Wahljahr“ hat sich der Zentralvorstand eingehend mit der Nachfolge des scheidenden Präsidenten, Ständerat Stöckli, dessen auf 6 Jahre beschränkte Amtszeit mit der Generalversammlung vom 11. September 2018 abgelaufen ist, beschäftigt. Mit grosser Freude konnte die frühere Staatsrätin des Kantons Waadt, Anne-Catherine Lyon, als Kandidatin für das Präsidium der Neuen Helvetischen Gesellschaft gewonnen werden. Mit Ausnahme von Dori Schaer haben sich alle bisherigen Mitglieder des Zentralvorstands für eine weitere Amtsperiode von 3 Jahren zur Wiederwahl gestellt. Als neues Mitglied im Zentralvorstand wurde der Delegiertenversammlung Frau Margrith Hanselmann zur Wahl empfohlen.

Im Rahmen der Neuausrichtung der Neuen Helvetischen Gesellschaft hat eine kleine Gruppe aus dem Zentralvorstand zuhanden der Delegiertenversammlung eine Teilrevision der Statuten ausgearbeitet:

Das Präambel sowie Passagen unter Art. 1 und Art. 2 wurden angepasst, die aktuellen Statuten sind auf der Website veröffentlicht. Die markanteste Änderung betrifft den Namen der Neuen Helvetischen Gesellschaft: auf

den Teil „Rencontre Suisse / Treffpunkt Schweiz“ wird verzichtet und die Organisation unter dem Namen „Neue Helvetische Gesellschaft / Nouvelle Société Helvétique“ weitergeführt; das Logo wurde entsprechend angepasst.

Die Ausschreibung „Werkstätten der Demokratie“ fand grosse Resonanz, und die Jury konnte den Demokratiepreis 2018 an die „Landsgemeinde Kloten“ vergeben. Wir freuen uns, im Anschluss an die Delegiertenversammlung am 15. Juni 2019 der Landsgemeinde beizuwohnen und den Demokratiepreis feierlich zu übergeben. Das grosse Engagement der Jury sei herzlich verdankt.

„Globi und die Demokratie“ erobert die Klassenzimmer und Lesestuben der Schweiz. Das Team aus der Ortsgruppe Winterthur hat das Projekt erfolgreich abgeschlossen und am 12. September 2018 im Bundeshaus die Büchervernissage gefeiert. Die Neue Helvetische Gesellschaft hat das Projekt mit einem Patronat unterstützt und gratuliert dem Team zu diesem wertvollen Beitrag an die politische Bildung für die junge Schweizer Bevölkerung.

„Unser Schweizer Standpunkt“ war vor 105 Jahren eine wegweisende Rede von Carl Spitteler im Rahmen einer Veranstaltung der Neuen Helvetischen Gesellschaft. Zum Jubiläumsjahr „100 Jahre Nobelpreisverleihung an Carl Spitteler“ nimmt die Neue Helvetische Gesellschaft das Thema wieder auf und lädt für den 14. Dezember 2019 im Volkshaus Zürich alle interessierten Kreise ein, die sich mit der Frage des Zusammenhalts auseinandersetzen. Zusammen mit dem Bundespräsidenten Ueli Maurer und zahlreichen Vertretern der intellektuellen Schweiz analysieren, diskutieren wir unter dem Titel „Wir sind Spitteler“ die damalige, heutige und zukünftige Bedeutung der Rede von Carl Spitteler und der „Dichter und Denker“ in unserem Lande. Eine kleine Arbeitsgruppe aus dem Zentralvorstand plant diese wichtige Veranstaltung.

DEMOKRATIEPREIS

Jahresbericht der Jury für den Demokratiepreis der NHG für das Jahr 2018

Für die ersten beiden Demokratiepreise, die für ein originell gestaltetes Schulbuch und die beste Gemeindefusion in der Schweiz ausgerichtet wurden, konnte die Jury aus einer respektablen Zahl von Bewerbungen auswählen. Anders verhielt es sich bei der dritten Ausschreibung für den Demokratiepreis, die dem Milizsystem gewidmet wurde. Es sollten innovative Massnahmen zur Stärkung des Milizsystems und zur Entlastung der Milizfunktionäre preisgekrönt werden. Allein, trotz der grossen Aktualität des Preises bewarb sich niemand für den Preis. Das mag auf die Ironie zurückzuführen sein, dass die potenziellen Bewerber Behörden waren, die sich selbst aus Milizfunktionären zusammensetzten und mit dringenderen, das Milizsystem sprengenden Aufgaben beschäftigt waren. Doch die bisherige Sponsorin, eine Stiftung, liess sich nicht davon abhalten, uns auch für die vierte Ausschreibung, die in das Jahr 2018 fiel, treu zu bleiben.

Dieser Ausschreibung lag das Thema „Werkstätten der Demokratie“ zugrunde. Und diese Ausschreibung wurde in qualitativer und quantitativer Hinsicht sehr wohl beachtet. So konnte der Demokratiepreis für das Jahr 2018 dem Verein Landsgemeinde Kloten zugesprochen werden, der mit der vorbildlichen Wiederbelebung einer historischen Institution breite Kreise der Bevölkerung zu demokratischem Mitwirken animiert.

Die Sponsorin ist, wohl nicht zuletzt wegen dieser positiven Entwicklung, bereit, auch weitere Demokratiepreise zu finanzieren. Die letzten beiden Ausschreibungen konnten in enger Zusammenarbeit mit dem Schweizerischen Gemeindeverband realisiert werden, was sich sehr bewährt hat. Eine grosse Entlastung und viele Einsparungen hat die Jury der tatkräftigen, kundigen und ehrenamtlichen Mithilfe von Gerold Brändli zu verdanken.

Die neunköpfige Jury war durch die Erarbeitung der Ausschreibungen, die Übersetzungsarbeit, die Evaluation der Bewerbungen, die Organisation der Preisverleihung zusammen mit dem Preisträger und nicht zuletzt mit den Verhandlungen mit der Sponsorin sehr gefordert, hat aber volle Arbeit geleistet.

Am Ende des Berichtsjahres setzte sich die Jury aus den folgenden Personen zusammen:

- Judith Bass
- Renate Gautschy
- Claudia Hametner
- Georg Jäger
- Franz Nyffeler
- Marlyse Pietri-Bachmann
- Pascal Richard
- Elisabetta Tizzoni
- Adrian Vatter

Marlyse Pietri-Bachmann muss ersetzt werden, da sie demissioniert hat. Die Nachfolgerin oder der Nachfolger wird von der Jury vorgeschlagen und vom ZV gewählt. Franz Nyffeler möchte das Präsidium abgeben weil sich die Jury selbst konstituiert, komme sowohl die bisherigen Mitglieder wie auch das für Marlyse Pietri zu wählende Mitglied infrage. Falls nicht ein bisheriges Mitglied gewählt werden kann, müsste demnach ein neues Mitglied gefunden werden, das gleichzeitig das Präsidium übernimmt.

Die Jury zählt auf Mitglieder, welche die Verantwortung für den Demokratiepreis und damit für eine wichtige Aussenwirkung der NHG wahrnehmen.

Franz Nyffeler
Präsident

DELEGIERTENVERSAMMLUNGEN 2018

Ausserordentliche Delegiertenversammlung vom 29. Januar 2018

Die ausserordentliche Delegiertenversammlung fand am 29. Januar 2018 im Anschluss an die öffentliche kontradiktorische Veranstaltung zur „No Billag-Initiative“ an der Universität Bern statt. Die Vertreter der Ortsgruppen Aargau, Bern, Vaud und Winterthur zusammen mit sieben Mitgliedern des Zentralvorstands vereinigten 17 Stimmen.

Das statutarische Traktandum lautete:

- Beschlussfassung über den Antrag des Vorstandes betreffend der Ablehnung der „No Billag-Initiative“

Gemäss Antrag des Zentralvorstands beschloss die ausserordentliche Delegiertenversammlung einstimmig, ohne Enthaltungen:

- Eine Stellungnahme zur No Billag-Initiative abzugeben
- Die Neue Helvetische Gesellschaft/Treffpunkt Schweiz lehnt die „No Billag-Initiative“ ab
- Diese Haltung wird veröffentlicht

Die Medienmitteilung (im Anhang) wurde am 30. Januar 2018 verschickt.

Öffentlicher Teil

Vor der Delegiertenversammlung fand die Informationsveranstaltung zur „No Billag-Initiative“ statt.

Inputreferat: Philipp Metzger, Direktor des BAKOM
Podiumsgespräch: Karin Landolt, Moderation
Nationalrat Matthias Aebischer, SP Bern
Ladina Heimgartner, Direktorin RTR
Samuel Hofmann, Argumentationschef Kernteam
„No Billag-Initiative“
Christian Riesen, SVP, Kernteam „No Billag-Initiative“

Die rund 60 Teilnehmenden erlebten eine aufschlussreiche, kontradiktorische und lebhaft Diskussion.

Delegiertenversammlung vom 11. September 2018

Die Delegiertenversammlung vom 11. September 2018 fand im Kongresszentrum Kreuz in Bern statt. Die Vertreter der Ortsgruppen Aargau, Bern, Vaud und Winterthur zusammen mit den Mitgliedern des Zentralvorstands repräsentierten 15 Stimmen.

Die Delegiertenversammlung genehmigten einstimmig gemäss Anträgen die statutarischen Traktanden:

- Protokoll der Delegiertenversammlungen
22. April 2017 und 29. Januar 2018
- Jahresbericht 2017
- Jahresrechnung und Revisionsbericht
- Teilrevision der Statuten
- Wahl Präsidium
- Wahl Zentralkomitee

Damit tritt unsere Organisation in Zukunft unter dem Namen „Neue Helvetische Gesellschaft / Nouvelle Société Helvétique“ auf.

Die Delegiertenversammlung bestätigte den Antrag des Zentralvorstands und mit Freude wurde der Zentralvorstand in seinem Amt bestätigt und mit Margrith Hanselmann ein neues Mitglied gewählt. Mit Akklamation wurde die neugewählte Präsidentin Anne-Catherine Lyon, ehemalige Regierungsrätin Waadt, von der Delegiertenversammlung begrüsst.

Für ihre langjährige und engagierte Mitwirkung wurde die ehemalige Präsidentin Dori Schär herzlich aus dem Zentralvorstand verabschiedet. Abschied nahm die Delegiertenversammlung auch von Ständerat Hans Stöckli. Mit einer „standing ovation“ wurde Hans Stöckli geehrt und mit grossem Dank für seine wertvolle Arbeit, seinen grossen Einsatz, sein Engagement für die Neuausrichtung der NHG ehrenvoll verabschiedet.

Öffentlicher Teil

Im Anschluss an die Delegiertenversammlung vom 11. September 2018 gab uns Frau Bundesrätin Simonetta Sommaruga die Ehre. Anlässlich einer öffentlichen und kontradiktorischen Informationsveranstaltung eröffnet sie ihren Abstimmungskampf zur Volksinitiative „Schweizer Recht statt fremde Richter“ mit einem Eintretensreferat „Folgen der Selbstbestimmungsinitiative für die Schweiz“. Am anschliessenden Podiumsgespräch unter der Leitung von Joël Widmer, stv. Chefredaktor Zofinger Tagblatt, Bern, wirkten folgende Teilnehmer mit: Prof. Dr. Hans-Ueli Vogt, Nationalrat Zürich, Thomas Minder, Ständerat Schaffhausen, Prof. Dr. Eva Maria Belser, Co-Direktorin Institut für Föderalismus, Universität Freiburg, Anne Seydoux-Christe, Ständerätin Jura. Über 150 Teilnehmende erhielten erste Argumentarien und Standpunkte zur bevorstehenden Abstimmung.

GRUPPEN

In den acht Ortsgruppen Gruppen Aargau, Basel, Bern, Genf, Schaffhausen, Waadt, Winterthur und Zürich werden aktiv die Ziele der Neuen Helvetischen Gesellschaft gelebt. Sie bieten in ihren Regionen attraktive Programme an. Die aktuellen Veranstaltungen sind auf der Webseite der NHG zu finden.

Im 2018 wurde die Präsidentin der Ortsgruppe Genf, Florence Kraft, durch den Vincent Schaller abgelöst. Der Präsident der Ortsgruppe Bern wurde oft vertreten durch Bettina Steinlin, die mit der Delegiertenversammlung vom 11. September die Vertretung an Vincenzo Ribì weitergab.

BILANZ und JAHRESRECHNUNG 2018

Die Rechnung schliesst bei einem Aufwand von CHF 34'484 und einem Ertrag von CHF 19'563 mit einem Verlust von CHF 14'922.

Die Durchführung von zwei öffentlichen Veranstaltungen anlässlich der Generalversammlungen im Januar und September war mit hohen Kosten verbunden. Einen Teil der Mehrkosten konnte über den Fonds für nationa-

le Projekte gedeckt werden. Auch konnten wir im 2018 keine Wertsteigerung unseres Portfolios notieren.

Der Verlust aus dem ersten Demokratiepreis 2015 wird wiederum auf die neue Rechnung übertragen; mit der Vergabe des Demokratiepreises 2018 im Juni 2019 kann der vom Sponsor zur Verfügung gestellte Beitrag zu den Administrationskosten für die Deckung dieses Verlusts eingesetzt werden.

Das Eigenkapital beträgt per 31. Dezember 2018 CHF 27'609.

REVISIONSBERICHT

Die Rechnung wurde von der apt audit gmbh in Suhr geprüft. Sie empfiehlt die Rechnung zu genehmigen und dem Zentralvorstand und der Rechnungsführerin Décharge zu erteilen.

AUSBLICK

Im 2019 erwarten uns einige Herausforderungen – und zwei besonders schöne Ereignisse: Wir freuen uns, anlässlich der Delegiertenversammlung vom 15. Juni 2019 den Demokratiepreis 2018 an die „Landsgemeinde Kloten“ zu vergeben.

Und als Höhepunkt des Jahres werden wir am 14. Dezember 2019 im Volkshaus Zürich das Wirken von Carl Spitteler ehren und die legendäre Rede aus dem Jahre 1914 „Unser Schweizer Standpunkt“ in die heutige Schweizer Perspektive bringen.

NEUE HELVETISCHE GESELLSCHAFT
NOUVELLE SOCIETE HELVETIQUE


Anne-Catherine Lyon
Présidente

Lenzburg, 7. Juni 2019/UF

Anhang 1

Medienmitteilung

Lenzburg, 30. Januar 2018

JA-OUI-SI-GEA zur Schweiz, NEIN-NON-NO-NA zur No Billag-Initiative

Die Neue Helvetische Gesellschaft, die sich seit 1914 für den Zusammenhalt der Schweiz einsetzt, hat an ihrer ausserordentlichen Delegiertenversammlung eine öffentliche Nein-Empfehlung zur «No Billag-Initiative» vom 4. März 2018 beschlossen. Die Neue Helvetische Gesellschaft äussert sich nur in Ausnahmesituationen öffentlich zu eidgenössischen Abstimmungen. Die Abschaffung des Service Public gefährdet die bewährten demokratischen Errungenschaften der Schweiz. Die Initiative will vordergründig nur Gebühren abschaffen. In der Tat ist sie viel radikaler und umfassender. Sie entzieht der Bevölkerung ein entscheidendes Mittel zur ausgewogenen demokratischen Meinungsbildung und die für unser Land wichtige gegenseitige Verständigung.

Im Vorfeld der ausserordentlichen Delegiertenversammlung lud die Neue Helvetische Gesellschaft am 29. Januar 2018 Initianten und Gegner der Initiative zu einer öffentlichen Podiumsveranstaltung an der Universität Bern ein. Philipp Metzger, Direktor des BAKOM legte in seinem einleitenden Referat die Position des Bundesrates dar und warnte vor der Annahme der Initiative. In der anschliessenden Podiumsdiskussion kreuzten die Gegner der Initiative, vertreten durch Ladina Heimgartner (Direktorin des RTR) und SP-Nationalrat Matthias Aebischer, und die Initianten, vertreten durch Christian Rieser (SVP) und Samuel Hofmann (Jungfreisinnige) die Klängen. Das Einstehen für das schweizerische Staatsverständnis, d.h. die Solidarität unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und die kulturelle Vielfalt, fand im Publikum grossen Anklang, während die Tiraden auf den Kollektivismus und die Staatszwänge nur Kopfschütteln auslösten.

Position der Neuen Helvetischen Gesellschaft:

Das Volksbegehren entzieht nicht nur der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft SRG, sondern auch vielen Regionalsendern die existenznotwendige finanzielle Unterstützung durch den Bund. Gleichzeitig entfällt die rechtliche Verpflichtung öffentlicher wie privater Sender zu objektiver Berichterstattung und zur Rücksicht auf die kulturelle Vielfalt des Landes. Zudem wird das heute geltende Beschwerderecht gegen unsachgemässe, diskriminierende, menschenrechtsverletzende Programme durch die Initiative abgeschafft.

Kleinere schweizerische Sprachgebiete verlieren ihre regionalen Sender und damit ein wichtiges Instrument zur Pflege der kulturellen Eigenheiten. Mit der Annahme der Initiative verschwinden schweizweit über 1500 Arbeitsplätze. Radio und Fernsehen werden fortan den Vorlieben gewinnorientierter Betreiber überlassen. Auch Swissinfo, das Informationsportal der Auslandschweizer, müsste eingestellt werden.

Mit der Annahme der Initiative, d.h. ohne Service Public, sind die ausgewogene demokratische Meinungsbildung, das gegenseitige Verständnis für die kulturelle und sprachliche Vielfalt in unserem Land und damit der Zusammenhalt der Schweiz gefährdet. Das darf nicht sein.

Weitere Informationen und Auskünfte:

Neue Helvetische Gesellschaft, Ursula Furrer, +41 62 888 01 15, info@nhg.ch

Beilage: Positionspapier



NEUE HELVETISCHE GESELLSCHAFT – TREFFPUNKT SCHWEIZ
RENCONTRES SUISSES – NOUVELLE SOCIÉTÉ HELVÉTIQUE
INCONTRI SVIZZERI – NUOVA SOCIETÀ ELVETICA
NUOVA SOCIETAD HELVETICA – SCUNTRADA SVIZRA

Anhang 2

Prise de position concernant l'initiative constitutionnelle "Oui à la suppression des redevances radio et télévision (suppression des redevances Billag) à l'attention de l'assemblée extraordinaire des délégués de RS-NSH du 29 janvier 2018

L'initiative constitutionnelle "Oui à la suppression des redevances radio et télévision (suppression des redevances Billag), connue sous le nom d'initiative "No-Billag", qui sera soumise au vote populaire le 4 mars 2018, interdirait à la Confédération, si elle est acceptée par le peuple et les cantons, de subventionner des chaînes de radio et de télévision (art. 93 Cst.F, nouvel art. 4), de prélever des redevances de réception et d'exploiter ses propres chaînes de radio et de télévision en temps de paix (art.6). Selon les dispositions transitoires, le législateur devrait, en cas d'acceptation, appliquer ces nouvelles règles d'ici à la fin de l'année 2018.

L'initiative serait encore plus radicale en ce sens qu'elle supprimerait aussi - pour les diffuseurs privés également - la mission de formation et de développement culturel, de contribution à la libre formation de l'opinion et de divertissement, qui doit tenir compte des besoins du pays et des cantons, présenter les événements de manière fidèle, et refléter équitablement la diversité des opinions (art. 93, al. 2). Disparaîtraient également la prise en considération des autres médias (actuel al. 4) et la possibilité de plaintes relatives aux programmes.

Les nouveaux al. 3-6 imposeraient un paysage radio-télévisuel purement privé, répondant à une logique de marché et à caractère commercial. Le service public serait aboli dans le domaine de la radio et de la télévision, de même que l'offre radio-télévisuelle dans toutes les régions linguistiques. Les régions culturelles et linguistiques du pays ne seraient plus traitées de façon égale dans le domaine médiatique. Cela entraînerait une réduction de la diversité culturelle, alors qu'une large diversité culturelle et linguistique est un élément essentiel de la cohésion nationale. En outre, Swissinfo, plate-forme publique suisse de nouvelles et d'information, qui tient les Suisses de l'étranger au courant de l'actualité du pays en 10 langues, serait condamné. Tout cela menacerait massivement la diversité des opinions et de l'offre radio-télévisuelle, ainsi que le journalisme de qualité et, partant, la variété de l'information des électeurs et électrices suisses.

La Nouvelle Société Helvétique travaille depuis plus d'un siècle à la cohésion politique et culturelle du pays. Elle considère qu'une offre médiatique de haut niveau, variée et surtout diversifiée n'est possible qu'avec un service public efficace. Celui-ci a contribué dans une large mesure à la cohésion nationale, à la paix civile et, par conséquent, à la prospérité de notre pays. Une acceptation de l'initiative détruirait ce service public. Celle-ci doit donc impérativement être rejetée.

Le Comité central